

Antrag**des Abgeordneten Egon Urlaub und der DEMOS-Fraktion****Hilfe für die kubanische Bevölkerung – Eine humanitäre Katastrophe verhindern****Der Bundestag möge beschließen:****I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Seit dem 11. Januar 2026 blockiert die US-Regierung unter Präsident Donald Trump jegliche Öllieferungen an Kuba. Die Regierung der Vereinigten Staaten droht jedem Land, das Öl an Kuba liefern möchte, mit Strafzöllen oder gar physischen Maßnahmen, nicht zuletzt Mexiko. Infolgedessen erreichten den Inselstaat Kuba keine weiteren Öllieferungen mehr; die bestehenden Reserven neigen sich aktuell dem Ende zu.

Die Intention der US-Regierung, die kubanische Regierung zu einem „Deal“ zu drängen oder gar einen Regimewechsel zwanghaft herbeizuführen, bewegt sich in einer völkerrechtlichen Grauzone und verstößt möglicherweise gegen das Völkerrecht.

Die Folgen dieser Ölblockade sind dramatisch für die kubanische Zivilbevölkerung. Die durch jahrzehntelange Embargos und Sabotageaktionen seitens der USA angeschlagene Wirtschaft Kubas bricht unter dem Ölembargo in absehbarer Zeit vollständig zusammen. Transport und Logistik können ohne Treibstoff nicht aufrechterhalten werden, was zu Lieferengpässen bei Lebensmitteln, Medikamenten sowie in der ärztlichen Versorgung führt. Stundenlange Stromausfälle sind an der Tagesordnung. Ein Zusammenbruch des gesellschaftlichen Lebens in Kuba steht folglich unmittelbar bevor, sollten sich die letzten Ölreserven in den nächsten zwei bis drei Wochen erschöpfen. Ein würdevolles menschliches Leben ist unter diesen Umständen in Kuba kaum mehr möglich.

Die Regierung in Kuba ist trotz alledem nicht ohne Verantwortung für diese Lage. Presse- und Meinungsfreiheit sowie freie Wahlen und rechtsstaatliche Prinzipien sind in Kuba seit Jahrzehnten defizitär. Der Bundestag stellt daher ebenfalls eine Mitverantwortung der kubanischen Regierung für diese prekäre Lage fest.

Die Ölblockade der USA und die daraus resultierende dramatische humanitäre Lage stehen jedoch in keinem Verhältnis und sind kein legitimes Mittel, um politische Ziele zu erreichen. Der Bundestag verurteilt die Handlungen der US-Regierung und stellt fest, dass die humanitäre Katastrophe eine Folge dieser Maßnahmen ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:**I. Humanitäre Hilfen für die kubanische Zivilbevölkerung**

1. Unverzüglich humanitäre Hilfslieferungen für die kubanische Zivilbevölkerung zu entsenden und deren bedarfsgerechte sowie logistische Verteilung vor Ort in Abstimmung mit internationalen Partnern und Hilfsorganisationen sicherzustellen.
2. Kurzfristige Nothilfemaßnahmen über bestehende humanitäre Instrumente Deutschlands sowie in Kooperation mit internationalen Organisationen, insbesondere dem World Food Programme, dem United Nations Children's Fund und der World Health Organization, einzuleiten und dabei insbesondere Lebensmittel und Trinkwasser, Arzneimittel und medizinische Grundausstattung, mobile Stromversorgungssysteme sowie sanitäre Einrichtungen bereitzustellen.
3. Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung der Lebenssituation der kubanischen Bevölkerung zu ergreifen, insbesondere durch den Ausbau von Solarmodulen und

Energiespeichern, die Stärkung logistischer Versorgungsstrukturen sowie die Bereitstellung präventiver medizinischer Hilfsmittel.

4. Langfristige Entwicklungs- und Stabilisierungsprogramme zu initiieren, um Energieversorgung, medizinische Infrastruktur und zivile Daseinsvorsorge nachhaltig zu stärken.

II. Eine humanitäre Katastrophe verhindern und die Blockade beenden

1. Alle der Bundesregierung zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel zu ergreifen, um auf eine unverzügliche Beendigung der Ölblockade durch die US-Regierung hinzuwirken.
2. Die Ölblockade öffentlich und auf internationaler Ebene als völkerrechtlich bedenkliche Maßnahme zu verurteilen und die US-Regierung nachdrücklich aufzufordern, diese umgehend zu beenden und die Option der Gegenmaßnahmen öffentlich erörtern.
3. Staaten, insbesondere Mexiko, die bereit sind, Öllieferungen an Kuba aufrechtzuerhalten oder wiederaufzunehmen, diplomatisch und wirtschaftlich zu unterstützen und sich auf internationaler Ebene für deren Schutz vor einseitigen Sanktionsmaßnahmen einzusetzen.

Berlin, den 18. Februar 2026

Egon Urlaub und DEMOS-Fraktion